



Wahlplattform Gemeindewahlen 2008-2011

Grün bewegt!

Klimaschutz – Gerechtigkeit – Lebensqualität

Bern ist in Bewegung. Im Westen der Stadt entstehen neue Wohnungen - der autofreie Bahnhofplatz hat viele Bernerinnen und Berner überzeugt: Innerhalb von drei Monaten haben rund 8'000 die vom Grünen Bündnis mitlancierte Initiative unterschrieben. Der Baldachin wird schon bald von Verkehr und Lärm befreit. Die Verkehrsberuhigung Länggasse steht vor der Realisierung, die Planung Breitenrainplatz nimmt unter Einbezug der Quartierbevölkerung attraktive Gestalt an. Fachfrauen aus Planung und Architektur werden bewusst miteinbezogen.

Nummer 1 in Sachen Ökologie und Lebensqualität

Ozonalarm, Feinstaubbelastung, Überschwemmungen, Klimawandel. Die Alarmlampen blinken. Das Grüne Bündnis hat die Zeichen erkannt und handelt. Unsere Arbeit zeigt Früchte: Solaroffensive, Ökostrom, Holzschnitzelheizung. Mit der neuen Energieinitiative *Energie-WendeBern* kann Bern bald Vorzeigestadt in Sachen Alternativenenergie sein: Ewb ohne AKW! Wir haben die Förderung von Minergie in die Bauordnung eingebracht. Bern soll mittelfristig zur 2000-Wattgesellschaft werden. Wohnen in Bern soll für alle attraktiv und möglich sein, darum unterstützen wir genossenschaftliche Wohnungen - aber auch neue Wohnformen für SeniorInnen. Zukunftsträchtige Mobilität setzt auf Langsamverkehr und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Dank Verkehrsdirektorin Regula Rytz steht die Ampel für das Tram Bern West auf grün. Aber auch die Wege für FussgängerInnen, Rollstühle und Kinderwagen sollen attraktiver werden. 50 Begegnungszonen in den Wohnquartieren schaffen Lebensqualität.

Soziale Integration und Chancengleichheit

Das Grüne Bündnis will eine soziale und offene Stadt. Wir wehren uns gegen Angriffe von Rechts und Reich und fordern gleiche Chancen für alle. Dank RotGrünMitte hat Bern stark in Ausbildungsplätze und Angebote für Jugendliche investiert. Mit der Kulturlegi erhalten auch Personen mit wenig Geld Zugang zu Kulturveranstaltungen. Die Stadtverwaltung schafft dank uns mehr Lehrstellen für MigrantInnen. Das Grüne Bündnis setzt sich erfolgreich für integrative Schulmodelle, ausreichend Kinderkrippen und attraktive Angebote für Kinder und Jugendliche in den Quartieren ein. Menschen mit Abhängigkeiten und psychischen Problemen erhalten fachliche Betreuung und Unterstützung. Dank dem Erfolg beim kantonalen Volksvorschlag zum Steuergesetz werden mittlere Einkommen und Familien entlastet – ohne Steuergeschenke für Reiche.

Vernetzt und in Bewegung

Das Grüne Bündnis ist innovativ, bringt neue Ideen ein und hat ein Auge für das politisch Machbare. Vernetzt mit Umweltorganisationen, Fachleuten und Gewerkschaften suchen wir nach Lösungen für eine ökologische, soziale und offene Stadt Bern. Gemeinsam mit den RotGrünMitte-Parteien setzen wir Schritt für Schritt zukunftsträchtige Projekte um. Das Grüne Bündnis verteidigt mit Regula Rytz die RotGrünMitte-Mehrheit im Gemeinderat für die nächsten vier Jahre. Die Stadtratsfraktion GB/JA! ist mit zwei jungen JA!-Frauen, drei MigrantInnen und einer deutlichen Frauenmehrheit zukunftsweisend für die Stadt Bern. Erstmals kandidieren in Bern junge Grüne für den Stadtrat. Die Liste „Grünes Bündnis und GewerkschafterInnen“ gestaltet - gestützt auf die Wahlplattform „Klimaschutz – Gerechtigkeit – Lebensqualität“ - Bern mit. Grün bewegt!

Politische Schwerpunkte:

1. Klimafreundliche Mobilität – für Menschen und Umwelt	4
2. Alternative Energien ausbauen – Energieeffizienz verbessern	5
3. Integration stärken – Kinderbetreuung ausbauen.....	6
4. Solide Finanzpolitik dank Stärkung der Zentrumsstadt.....	8
5. Wohnstadt Bern: Nachhaltig und autoarm.....	10
6. In Chancengleichheit investieren.....	11
7. Vielfalt fördern, produktive Kulturräume und Reflexion erhalten.....	12

Klimaschutz: Verkehr und Mobilität

1. Klimafreundliche Mobilität – für Menschen und Umwelt

Die Stadt Bern braucht eine Kultur der klimafreundlichen Mobilität. Sie erhöht damit ihre Attraktivität als Wohnort, Arbeitsort, Reiseziel und Wirtschaftszentrum. Der neue Bahnhofplatz, Tram BernWest, die Verkehrsberuhigung Länggasse oder die Umgestaltung des Breitenrainplatzes fördern die stadtverträgliche Mobilität und erhöhen die Lebensqualität. Dank dem Grünen Bündnis investiert die Stadt Bern jährlich vier Millionen Franken in die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs. Und weil Mobilität im Kopf beginnt, sorgt die vom GB initiierte Mobilitätsberatung für kluge, ressourcensparende Entscheidungen in Sachen Verkehrsmittelwahl. Das Grüne Bündnis setzt sich mit einer konsequent grünen und sozialen Politik für lebenswerte Wohnquartiere und verkehrsarme Begegnungszonen ein. Wir leisten damit aktiv Beiträge für ein intaktes Klima.

Grüne Forderungen:

Ausbau des öffentlichen Verkehrs (Tram Ostermundigen, Tram Köniz, Ausbau Abendbetrieb) und mehr Veloparkplätze am Hauptbahnhof Bern.

- Aufwertung der S-Bahnhaltestellen zu dezentralen Mobilitätsdrehscheiben mit guter Verknüpfung von Nah-, Fern- und Langsamverkehr.
- Mehr Mittel zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs und Weiterführung der entsprechenden Fachstelle in der Stadtverwaltung über 2010 hinaus.
- Soziale und familienfreundliche ÖV-Tarife. Autofreier Bahnhofplatz ohne Mehrbelastung von Länggasse und Mattenhof.
- Der Neufeldzubringer darf nur mit einer konsequenten und termingerechten Umsetzung der Verkehrsberuhigung in der Länggasse eröffnet werden.
- Mindestens vier autofreie Tage pro Jahr auf dem Gemeindegebiet der Stadt Bern.
- Die konsequente Umsetzung der Luftreinhaltegesetze mittels Umweltzonen, Temporeduktionen und partiellen Fahrverboten.
- Förderung von autofreien und autoarmen Wohnprojekten durch die Stadt, insbesondere am Warmbächliweg und auf dem Viererfeld.
- Eine quartier- und sportfreundliche Gesamtplanung auf der grossen und kleinen Allmend.
- Die lückenlose Bewirtschaftung von Parkplätzen ab der ersten Minute, insbesondere auch bei Einkaufszentren, Sportanlässen und Events.
- Die konsequente Umsetzung des Verkehrskompromisses in der Unteren Altstadt.

2. Alternative Energien ausbauen – Energieeffizienz verbessern

Hochwasser, Überschwemmungen, schmelzende Gletscher: Es ist höchste Zeit, dass wir handeln, global, aber auch lokal. Auf stadtberner Gebiet wird rund 3,7 Millionen MWh Energie verbraucht, was etwa 370 Millionen Litern Erdöl entspricht, die Hälfte davon fürs Heizen, 20 Prozent für Treibstoff/Mobilität und rund 25 Prozent für Elektrizität.

Eine nachhaltige Energiepolitik heisst: Energieverbrauch drosseln und erneuerbare Energien fördern. 2005 hat das GB erfolgreich das Massnahmenpaket „Mehr grüne Kraft für ewb“ lanciert. Mit dem neuen ewb-Tarifsystem wird die Förderung von Ökostrom bereits umgesetzt und die geforderte griffige städtische Energiestrategie liegt inzwischen vor. Die Strassenbeleuchtung wird dank Stromsparlampen effizienter. Mit der neuen Holzsznittelheizung in der Kehrichtverwertungsanlage KVA wird erneuerbare Energie gefördert.

Das Grüne Bündnis forderte eine Solaroffensive. Auf möglichst vielen Hausdächern sollen Solaranlagen Strom erzeugen. In der neuen Bauordnung (BO 06) wurden dank uns Anreize zum Minergiebauen verankert und die sogenannten Sky-Beamer verboten – ein Beitrag gegen Lichtverschmutzung und für Vogelschutz. Das GB hat auch das Thema Passivhäuser lanciert. Beim Neubau der Siedlung Stöckacker wird erstmals eine städtische Siedlung mit reduziertem Energiebedarf und vorsorglicher Wasserversorgung geplant. Und weiterhin unser Ziel: Abhängigkeit von Atomenergie wird schrittweise auf Null reduziert.

Grüne Forderungen:

- EnergieWasserBern soll mehr neue erneuerbare Energien (z.B. Wind, Solar) produzieren und sich strategisch auf erneuerbare Energien ausrichten und mittelfristig aus seinen Atomstrombeteiligungen (AKW Gösgen) aussteigen.
- ewb bleibt in öffentlicher Hand (kein Teilverkauf). Der Gemeinderat soll seine neue Eigentümerinnenstrategie auf seine Energiestrategie abstimmen und den Ausstieg aus der Atomenergie bei ewb vorantreiben.
- Die Stadt soll zusammen mit ewb ein Aktionsprogramm zur Steigerung der Energieeffizienz lancieren (Ersatz Stand-By-Geräte, Stromsparlampen).
- Die städtische Energiestrategie wird umgesetzt, und Bern soll das GOLD-Label für Energiestädte anstreben.
- Aktionsprogramm für die Reduktion des CO₂-Ausstosses in Bern.
- Bauvorschriften für Minergie P für Liegenschaften des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik und Minergie eco bei öffentlichen Bauten (Verwaltung, Schulen) von Stadtbauten Bern.
- Sensibilisierungsmassnahmen (z.B: Schulen) zur Verhinderung von Abfall und Littering im öffentlichen Raum.
- Nach den Veranstaltungen auf dem öffentlichen Grund sollen auch private Veranstalter und Take-Away-Betriebe dazu verpflichtet werden, Mehrweggeschirr zu verwenden oder ein Pfandflaschen zu verkaufen.
- Förderung der Biodiversität und Pflanzenvielfalt im städtischen Grünraum und in Branchen.

3. Integration stärken – Kinderbetreuung ausbauen

Kinder aufzuziehen ist heute eines der grössten Armutsrisiken. Eine Schande in der reichen Schweiz. Viele berufstätige Eltern in Bern kommen heute wegen hoher Mieten oder Krankenkassenprämien finanziell kaum über die Runden (working poor). Betroffen sind insbesondere Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Die Wirtschaft zahlt häufig Tieflohne, die nicht zum Leben reichen. Die Stadt muss betroffene Menschen finanziell unterstützen. Erschreckend ist, dass jede zehnte Person unter 19 Jahre in der Stadt Bern in einem Haushalt mit Sozialhilfeunterstützung lebt. Das ist kein guter Start ins Leben.

Gleichzeitig gibt es viel zu wenig Lehrstellen für Jugendliche. Das GB hat den Ausbau des Kompetenzzentrums Arbeit unterstützt, welches gezielt Weiterbildungs- und Beschäftigungsangebote für stellensuchende Erwachsene anbietet. Wir sind stolz auf den Ausbau der Angebote für jugendliche Stellen- und Lehrstellensuchende: Die Stadt hat selber neue Lehrstellen geschaffen (Stadtverwaltung total 240 Lehrstellen), mit der Wirtschaft neue Lehrstellen gefördert (Projekt inizio: + 100 Lehrstellen) und Überbrückungsangebote ausgebaut. Dabei werden benachteiligte Jugendliche besonders gefördert. Dank dem GB gibt es mehr Lehrstellen für Kinder mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung. Junge Migrantinnen erhalten gezielte Unterstützung beim Berufseinstieg. Junge Frauen haben mit „Punkt 12“ einen eigenen Jugendtreff und das Thema Berufswahl für Mädchen hat grosse Priorität (Tochtertag, Projektwochen Avanti). Dank dem GB wurde die Lohngleichheit in der Stadtverwaltung geprüft.

Die besten Startchancen und mehr Chancengleichheit bringt familienergänzende Kinderbetreuung. Bereits 1990 hat die damalige GB-Stadträtin Franziska Teuscher für jedes Kind einen Krippenplatz gefordert. Zwar hat die Stadt Bern das Angebot massiv ausgebaut. So nahmen 2006 29 Prozent aller Kinder in der Stadt Bern ein Betreuungsangebot in Anspruch. Trotzdem warten heute noch 740 Kinder auf einen Betreuungsplatz. Das Thema hat deshalb für das GB weiterhin grösste Priorität. Die Sozialhilfe ist besser als ihr Ruf. Damit Sozialarbeit zielgerichtet wirkt, braucht es in erster Linie ausreichend und qualifiziertes Personal. Auf Druck des GB wurden mehr Sozialarbeiter/innen angestellt. Dies ist auch Voraussetzung um Missbrauch effizient in Grenzen halten zu können. Gute Arbeitsbedingungen für SozialarbeiterInnen und ein unbürokratischer Zugang der Bedürftigen zu den Dienststellen tragen mehr zur beruflichen und sozialen Integration bei, als medial inszenierte Missbrauchsdebatten. Die Stadt Bern verfügt über gute soziale Dienstleistungen: integrative Schulen und Freizeitangebote für junge Erwachsene, umfassende und differenzierte Gesundheitspflege und Betreuung für Betagte, aber auch spezifische Angebote für Menschen, die am Rand der Gesellschaft stehen. Das Grüne Bündnis setzt sich dafür ein, dass soziale Errungenschaften trotz Sparmassnahmen erhalten bleiben. Gute Dienstleistungen brauchen aber genügend Ressourcen und qualifiziertes Personal. Daher sind gute Arbeitsbedingungen in der Stadtverwaltung, aber auch bei den subventionierten Institutionen im Sozialbereich notwendig. Zusammen mit den Gewerkschaften hat sich das GB erfolgreich für Gesamtarbeitsverträge im Sozialbereich eingesetzt (VBG, DOK).

Grüne Forderungen:

- Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung, damit alle Kinder einen Platz haben, Verbesserungen beim Anmeldewesen und Sicherung der Betreuungsqualität. Besserer Zugang bildungsferner Schichten zu den Angeboten.
- Weiterbildungsprojekte und Beschäftigungsprogramme für Jugendliche und für qualifizierte MigrantInnen.
- Existenzsicherung in der Sozialhilfe muss gewährleistet sein. Gewährleistung der SKOS-Richtlinien. Missbrauchbekämpfung durch qualifizierte SozialarbeiterInnen; gegen den Einsatz privater Sozialdetektive.
- Verstärkung der präventiven Sozialarbeit mit stadtteilbezogener Gemeinwesenarbeit, offene Arbeit mit Jugendlichen und Kindern gemäss deren Bedürfnissen.
- Sicherung von attraktiven städtischen Arbeitsbedingungen (Verbesserung der Kinderzulagen, keine Verschlechterungen in der Altersvorsorge; Gesundheitsschutz, etc.). Keine Löhne unter Fr. 3500.-, bzw. unter Fr. 4500 für Gelernte.

- Ein gutes Netz für Gesundheitsvorsorge und Prävention. Sicherung der ambulanten Pflege (SPITEX) und Dienstleistungen für SeniorInnen.
- Sicherung der Betreuungsangebote für Suchtmittelabhängige und Obdachlose. Aufbau einer zweiten Drogenanlaufstelle.
- Aktive städtische Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe. Einführung des Stimm- und Wahlrechts für AusländerInnen, sobald dies der Kanton erlaubt.
- Keine Einschränkungen des Kundgebungsrechts in der Bundeshauptstadt. Keine Videoüberwachungen im öffentlichen Raum und keine Übertragung von polizeilichen Sicherheitsaufgaben an private Sicherheitsdienste.
- Gegen die Ausgrenzung einzelner Personen oder Personengruppen. Kein Bettelverbot in der Stadt Bern.

Gerechtigkeit: Finanzen und Agglomerationspolitik

4. Solide Finanzpolitik dank Stärkung der Zentrumsstadt

Die Stadt Bern ist die einzige Stadt mit mehr Arbeitsplätzen als EinwohnerInnen. Viele Arbeitgeber sind Verwaltungen und Organisationen im Non-Profitbereich und daher steuerbefreit. Alle BürgerInnen von Bern finanzieren deshalb für täglich rund 130'000 Auswärtige öffentliche Dienstleistungen wie Kultur, Strassenreinigung, Grünanlagen, öffentlichen Verkehr, Sicherheit usw. Diese Zentrumslasten werden von Kanton und Region nur teilweise abgegolten. Mit der Revision des kantonalen Finanz- und Lastenausgleichsgesetzes auf 2012 ist leider keine Verbesserung in Sicht, sondern es drohen gar Verschlechterungen. So soll beispielsweise ein Selbstbehalt bei der Sozialhilfe eingeführt werden. Das würde nicht nur enorme finanzielle Folgen mit sich bringen, sondern auch die soziale Sicherheit abbauen. Trotz schwieriger Lage hat Bern in den letzten Jahren seinen Finanzhaushalt saniert und ist im internationalen Städtevergleich ganz vorne bei der Lebensqualität. Aber es wird zunehmend schwieriger, diese Position zu halten. Städte wie Lausanne, Winterthur oder Luzern werden Bern bald an Grösse und Bedeutung überholen, wenn die Politik des Kantons Bern nicht geändert wird. Nur eine engere Zusammenarbeit und gemeinsame Strukturen aller Regionsgemeinden können den Wirtschaftsmotor der Region Bern im Gang halten. Das Ziel ist die effiziente Erbringung des service public und eine finanzielle Entlastung der BürgerInnen. Eine solide Finanzpolitik ermöglicht die Solidarität mit ländlichen Regionen und auch International.

Grüne Forderungen:

- Die vollständige Abgeltung der Zentrumslasten für die Stadt Bern. Keine Verschlechterung der Situation durch die Revision des FILAG 2012. Kein Selbstbehalt im Sozial- und Bildungsbereich, sondern Anerkennung der spezifischen soziokulturellen Situation der Agglomerationsgemeinden.
- Die Stadt Bern soll die Dezentralisierung der Bundes- und Kantonsverwaltung unterstützen und wegziehende Arbeitsplätze durch solche mit hoher Wertschöpfung, Steuerertrag oder durch Wohnungen ersetzen.
- Kanton und Region sollen gemeinsam ein Modell erarbeiten, wie die Region Bern zu einer Stadt von 250'000 Einwohnerinnen und Einwohner werden kann. Fusionen dürfen kein Tabuthema mehr sein.
- Rascher Abbau des Bilanzfehlbetrages zur Gewinnung von finanziellem Handlungsspielraum.
- Finanzielle Entlastung durch Eventabgabe für kommerzielle Veranstalter.
- Mehr Geld für internationale Solidarität.

5. Wohnstadt Bern: Nachhaltig und autoarm

Eine lebendige Stadt bietet vielfältigen Wohnraum an, nutzbar für Menschen in verschiedensten Lebensformen, für alt und jung, für kleine und grosse Haushaltsbudgets. In den letzten Jahrzehnten ist der Platzbedarf der Menschen gestiegen, der Boden ist und bleibt aber eine begrenzte Ressource. Für das Grüne Bündnis ist es deshalb ein zentrales Anliegen, eine nachhaltige und innovative Wohnbaupolitik zu betreiben, die ein Gleichgewicht zwischen Verdichtung und Grünräumen findet und den verschiedensten Bedürfnissen gerecht wird. Verdichtung hat dort Grenzen, wo es um die Lebensqualität in der Stadt geht. Daher sind öffentlich zugängliche Grünräume unabdingbar.

Eine ökologische Bauweise, die Erhaltung von günstigem Wohnraum, sozial und funktional durchmischte Quartiere sowie ein autoarmes und kindergerechtes Wohnumfeld stehen für uns im Vordergrund. So hat das Grüne Bündnis in der letzten Legislatur im Stadtrat Vorstösse eingereicht, die u.a. die Planung autoarmer Siedlungen wie Viererfeld Süd und Oberfeld Ostermundigen (hier bewirkte ein GB-Antrag, dass nachhaltige Investoren beim Kauf prioritär behandelt werden), die Förderung von Passivhäusern, die Vergabe einer Auszeichnung für nachhaltige Wohnprojekte und die Förderung von Wohnbaugenossenschaften verlangen. Dank einem Vorstoss des GB wurde für die Stadt Bern ein Notwohnungskonzept erstellt, das Menschen unterstützt, die unmittelbar von Obdachlosigkeit bedroht sind.

Die Stadt Bern besitzt nur etwa drei Prozent des gesamten Wohnungsbestandes der Stadt. Umso mehr müssen sich die Aktivitäten des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik auf zentrale Ziele konzentrieren. Für das GB ist klar, dass der Fonds in erster Linie günstigen Wohnraum anbieten und innovative Pilotprojekte realisieren soll (z.B. Niedrigstandard-Wohnungen, behindertengerechtes und ökologisches Bauen). Die städtische Wohnsiedlung Murifeld zeigt vorbildlich, wie das soziale Zusammenleben in einer Siedlung partizipativ gestaltet werden kann. Vom Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik verlangt das GB, dass die MieterInnen der städtischen Liegenschaften bei Sanierungen Mitsprache erhalten und dass Land und Liegenschaften in der Regel nur im Baurecht und vorzugsweise an gemeinnützige Wohnbauträger (Genossenschaften) abgegeben werden.

Grüne Forderungen:

- Die Überbauungsordnung für eine autoarme und nachhaltige Überbauung auf der städtischen Parzelle Viererfeld Süd soll so bald wie möglich vorgelegt werden.
- Die Stadt Bern soll an geeigneter Lage eine „Niedrigstandard-Siedlung“ realisieren, in welcher sehr günstiger Wohnraum für einkommensschwache Bevölkerungsschichten angeboten wird.
- Sanfte Sanierungen, die den bisherigen MieterInnen den Verbleib in ihrer günstigen Wohnung ermöglichen, sollen die Regel sein. Im Stöckacker will die Stadt eine nachhaltige, ökologische Siedlung als Ersatz für das stark sanierungsbedürftige Quartier bauen. Im Sinne einer Verdichtung und eines ökologischen Vorzeigeprojekts unterstützt das GB dieses Vorhaben als Ausnahme.
- In der Innenstadt soll der Wohnanteil erhöht werden. Geeignete Verwaltungsgebäude sind nach und nach dem Wohnen zuzuführen.
- Verdichtetes Wohnen (z.B. Wohngemeinschaften im Alter) soll gefördert werden.
- Bern soll eine Wohntauschbörse einrichten, welche es ermöglicht, dass SeniorInnen und Familien je nach Alter und Raumbedürfnissen passenden Wohnraum finden.
- Bei Planungen und Bauten im öffentlichen Raum sollen immer auch Fachfrauen aus Planung, Architektur und Städtebau einbezogen werden.
- Eine Stadterweiterung ist nur mit klar definierten Kriterien (öV-Erschliessung) annehmbar.

6. In Chancengleichheit investieren

Bildung ist eine zentrale Ressource für die Teilnahme an der Gesellschaft. Die Chancengleichheit bei der Bildung ist heute nicht gewährleistet. Drei Jahre nach dem PISA-Schock (PISA Studie von 2003) sind die Lücken und sozialen Benachteiligungen, die in unserem Schulsystem stecken, in Berner Schulstuben in keiner Weise behoben. Es braucht eine flächendeckende Einführung der Basisstufe verknüpft mit spezifischen Förder- und Integrationsmassnahmen, eine selektionsfreie Oberstufe, sowie gut ausgebaute Tagesschulen und weitere Unterstützung für Kinder mit Bildungsdefiziten mit oder ohne Migrationshintergrund. Das Erlernen der deutschen Sprache muss aktiv gefördert werden. Investitionen in die (Schul)Bildung lohnen sich für alle.

Beharrlich fordert das Grüne Bündnis auf Kantons- und Stadtebene mehr Geld für die Bildung und mehr Ressourcen für Reformen und Integrationsmassnahmen. Die Stadt Bern hat ein flächendeckendes Angebot an Tagesschulen aufgebaut und jährlich mehr Plätze in der vorschulischen Kinderbetreuung geschaffen. Die Schulsozialarbeit konnte ausgebaut und das kostenlose musische Angebot (Instrumentalunterricht) erhalten werden. Das Grüne Bündnis hat sich gegen Sparmassnahmen an den Tagesschulen (weniger Betreuungsqualität, kürzere Öffnungszeiten) gewehrt und sich erfolgreich für die finanzielle Absicherung der Tagesschulen durch den Kanton eingesetzt (Tagesschul-Initiative). Gemeinsam mit den Bildungsgewerkschaften konnte die Wahlfreiheit der Oberstufenmodelle mit der Schulkreisreform erhalten werden (neues Schulreglement). Das Grüne Bündnis hat die Diskussion über Modelle zur Umsetzung der Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen aus Kleinklassen in die Regelklassen aktiv mitgeprägt. In der Stadt Bern gibt es mittlerweile an der Lorraine-Schule einen Pilotversuch. Im Zusammenhang mit dem Schulversuch Basisstufe in Bümpliz hat das Grüne Bündnis vorausschauend die Prüfung von jahrgangsgemischten Klassen nach der zweiten Klasse gefordert.

Grüne Forderungen:

- Die freie Wahl der Schulmodelle muss erhalten bleiben. Mittelfristig ist die Selektion auf der Oberstufe durch eine integrative Schule zu ersetzen, welche alle Kinder entsprechend ihren Fähigkeiten und Begabungen fördert.
- Integration darf kein Sparprogramm sein. Die Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen aus Kleinklassen in die Regelklassen ist so umzusetzen, dass die heilpädagogische Förderung in- und ausserhalb der Klasse in genügendem Mass gesichert ist. Im Zentrum muss das Wohl der Kinder stehen. Das Knowhow der HeilpädagogInnen und Speziallehrkräfte muss auf jeden Fall erhalten und transferiert werden.
- Fremdsprachige Kinder erhalten Unterstützung beim Spracherwerb. Der Besuch von vorschulischer Kinderbetreuung wird explizit gefördert.
- Der Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK-Unterricht) soll unterstützt werden (u.a. Koordination mit Schule und Stundenplan) damit die Kinder ihre Erstsprache besser erlernen können. Mehrsprachigkeit bietet viele Vorteile und wird als Bereicherung der Schule wahrgenommen und gefördert.
- Das Grüne Bündnis setzt sich für eine flächendeckende Einführung der Basisstufe ein. Die Basisstufe soll die Integration fördern und keine weitere Selektionsmassnahme mit Leistungsdruck sein. Die Einführung wird an konkrete Förder- und Integrationsmassnahmen für benachteiligte Kinder gekoppelt. Den unterrichtenden Lehrpersonen werden genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt (mind. 150 Stellenprozente), und Kindergärtnerinnen erhalten den selben Lohn wie Primarlehrkräfte (gleicher Lohn für gleiche Arbeit).
- Dem Übergang von der Schule in das Berufsleben wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Das Ziel sind nicht Übergangsangebote, sondern existenzsichernde Lösungen für alle Jugendlichen. Zusätzliche Unterstützungsmassnahmen braucht es in der Oberstufe für SchülerInnen und Lehrkräfte (Berufswahl, Coaching, ev. Neugestaltung 9. Schuljahr).

- Ausbau unterstützender und begleitender Massnahmen, insbesondere weiterer Ausbau der Schulsozialarbeit, aber auch schulnahe pädagogische Beratungsangebote für Lehrkräfte sowie gezielte Unterstützung der Schulleitungen in ihren neuen Aufgaben.
- Förderung zukunftsweisender Berufsausbildungen ohne Geschlechterstereotypen und spezielle Projekte für junge Frauen (Moditag, Berufskundeunterricht).
- Der Schulsport und der Breitensport für alle Sportbedürfnisse werden mit den notwendigen Sportanlagen gefördert. Neben mehr Fussballplätzen (auch für neu zu gründende Mädchenteams) braucht es gezielt auch Anlagen für Sportarten mit hoher Frauenbeteiligung (zum Beispiel Turnhallen für Volleyball).
- Schulareale sind soziale Lebensräume und öffnen sich für die Quartierbevölkerung. Bei ihrer Gestaltung sollen Kinder und Jugendliche mitreden können. In der Schule und im Schulhof wird eine Kultur des konstruktiven Umgangs mit Konflikten entwickelt. Schulwegsicherung hat hohe Priorität.

Lebensqualität: Kulturpolitik

7. Vielfalt fördern, produktive Kulturräume und Reflexion erhalten

Kunst regt zum Nachdenken über die gesellschaftlichen Verhältnisse an und kulturelle Institutionen nehmen wichtige Aufgaben im Bereich der Bewahrung von Kulturgütern und Kunstvermittlung wahr. Das Grüne Bündnis befürwortete deshalb den Ausbau der städtischen Fördermittel um die Bern als Kulturstadt zu stärken. Wir setzen uns ein für eine kulturelle Vielfalt ein. Dafür muss die Finanzierung der fünf grossen Kulturinstitutionen zu Gunsten der Finanzierung kleinerer Institutionen und der direkten Förderung von Kulturschaffenden überprüft werden. Im Rahmen des neuen kantonalen Förderungsgesetzes müssen die kulturellen Zentrumslasten der Stadt gerechter abgegolten werden.

Erfolgreich hat sich das GB für ein transparentes Verfahren bei Kunst im öffentlichen Raum eingesetzt. So wird ein Fonds geschaffen, der künstlerische Qualität und Transparenz für alle Beteiligten bringen soll.

Grüne Forderungen:

- Erhalt und Konsolidierung des vielfältigen Kulturangebots: Dazu gehört insbesondere die Realisierung der Abteilung für Gegenwartskunst des Kunstmuseums, die stärkere programmatische Ausrichtung der Dampfzentrale auf Tanz und neue Musik, Erhalt der Reitschule als Ort kulturpolitischer Experimente und gesellschaftspolitischer Reflexion.
- Die Finanzierung des Zentrums Paul Klee (ZPK) darf nicht auf Kosten anderer Kulturinstitutionen gehen. Das ZPK-Konzept muss den in der Leistungsvereinbarung festgehaltenen Geldmitteln angepasst werden und Synergien mit anderen Institutionen stärker nutzen.
- Erhalt des Kornhausforums als öffentlicher Ort, der eine Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen und Fragen der Stadtentwicklung fördert.
- Die Förderung des zeitgenössischen Kunstschaffens durch genügend individuelle Förderkredite, zur Verfügung stellen von Räumen, die einen produktiven Austausch ermöglichen (insbesondere Erhalt einer teilweise kulturellen Nutzung des Progr-Projekts), und durch bessere soziale Absicherung der Kulturschaffenden.
- Ein Gleichstellungscontrolling im Kulturbereich wird mit dem Ziel eingeführt, eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter bei den Fördermitteln zu gewährleisten.
- Debatte zum Umgang mit Kunst im öffentlichen Raum fördern: weg von der rein objektbezogenen „Kunst am Bau“ hin zu einer Vielfalt der Formen; Diskussion über Vergabekriterien, Qualitätssicherung, Mittel; Klärung des Verhältnisses von Kunst und Politik.
- Zugang und Vermittlung von Kunst und Kultur für breite Bevölkerungsschichten, auch in den Quartieren. Vermittlung an Kinder und Jugendliche. Der Partizipation von MigrantInnen wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

* * *